

Im Anschluss an die ausführliche Erläuterung der Veränderungslisten durch StK Knabe und Beantwortung einiger Verständnisfragen der Ausschussmitglieder beantragt die CDU-Fraktion analog der Beratung und Diskussion im Schulausschuss am 07. 11. 2017, die Schulbudgets aller Schulen ab dem Haushaltsjahr 2018 insgesamt um mindestens 10.000 € zu erhöhen.

Nachfolgend teilt StK Knabe aufgrund des erneuten Antrags der CDU-Fraktion den aktuellen Stand der Schulbudgets aller sechs Schulen mit ihren Buchungsständen mit:

	Ansatz €	bisher verfügt €	noch verfügbar €
Sonnenschule Auf dem Bursten	25.190	23.770	1.420
GGs Hackenberg	15.700	8.813	6.887
GGs Wedenest	14.000	12.875	1.125
GHS Bergneustadt	45.600	17.034	28.566
Realschule	44.400	33.810	10.590
Gymnasium	54.050	32.158	21.892

Im Anschluss an eine kontrovers geführte Diskussion und die Beantwortung einiger zusätzlicher Fragen der Ausschussmitglieder, z. B. betr. der freien Verfügbarkeit der Ansätze für die Schulleiter bzw. Ansatzübertragbarkeit, teilt die Verwaltung mit, dass es aus den Vorjahren praktizierte Praxis sei, eine Maßnahme, wenn sie begründbar, notwendig und machbar sei, auch über den Haushaltsansatz hinaus zu realisieren. Die Verwaltung sichert zu, dass in diesem Zusammenhang keine Schule „im Regen stehen gelassen werde“. Bezogen auf die Nachfrage des Stv. Kriegers teilt StK Knabe mit, dass er die Entwicklung der Schulbudgets der letzten 5 bis 6 Jahre aufbereitet habe. Das Jahr 2017 stelle daher keine Besonderheit dar, viel mehr seien auch in den vergangenen Jahren erhebliche Geldmittel der Schulbudgets nicht ausgeschöpft worden.

Für Stv. Kämmerer stellt sich die Frage, warum ein Budget erhöht werden sollte, wenn dessen Beträge nach den nunmehr vorgelagten Zahlen nicht voll abgerufen werde. Aus diesem Grund sehe er zum jetzigen Zeitpunkt keine Dringlichkeit zur Erhöhung der Schulbudgets.

Nach der von der CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung zieht diese den Antrag aufgrund der durch die Diskussion gewonnenen neuen Erkenntnisse zurück, weist aber darauf hin, die Anzahlerhöhung ab dem Jahr 2019 erneut zu diskutieren.

Des Weiteren berichtet StK Knabe, dass der vorgelagte Haushaltsplanentwurf in den Fachausschüssen vorberaten worden sei und mit Ausnahme des Schulausschusses jeweils eine Beschussempfehlung an den Rat ausgesprochen wurde. Nach vorheriger Bekanntgabe sei der Haushaltsplanentwurf in der Zeit vom 10. bis 29. November zur Einsichtnahme ausgestellt worden. Als Besonderheit weist StK Knabe darauf hin, dass die LH Köln zum ersten Mal eine Stellungnahme zum zugesandten Haushaltsplanentwurf abgegeben habe. Zur Kenntnisnahme sei diese Stellungnahme den vorgelagten Beratungsunterlagen beigefügt.

Aufgrund einer Nachfrage betr. der Erhöhung der Baukosten für das Feuerwehrgerätehaus in

Wedenest teilt der Leiter der Feuerwehr Michael Stricker mit, dass durch die nunmehr vorliegende Baugenehmigung, die bei der Baukostenplanung in dieser Konkretheit noch nicht vorlag Maßnahmen hinzu gekommen seien. Dazu gehöre u. a. auch die von Stv. Schulte angesprochene Außentreppe, die nunmehr als Innentreppe ausgelegt werde, da sie in der jetzigen Form hätte mit einer Absturzsicherung geschützt werden müssen. Wegen der Auflagen der Baugenehmigung und des Bodengutachtens sei eine Erhöhung der Baukosten um 90.000 € erforderlich geworden.

Im Anschluss spricht der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat eine Beschlussempfehlung zu findenden Beschlüssen aus:

- a) Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den im Entwurf vorliegenden Ergebnisplan einschließlich der dem Protokoll als Anlage beigefügten Veränderungsliste zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

- b) Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den im Entwurf vorliegenden Finanzplan einschließlich der dem Protokoll als Anlage beigefügten Veränderungsliste zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 1 Enthaltung

- c) Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den im Entwurf vorliegenden Haushaltssanierungsplan zum Haushaltsplan 2018 einschließlich der Veränderungen (§ 6 Stärkungspaktgesetz) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig